

# Brüderlicher Tadel klingt mit

## Bürger für Bäume: Pastor i. R. Schröder lobt Stadt für Fällverbot auf Kirchenfläche

ACHIM ■ „Ich habe mich gefreut, dass die Stadtverwaltung das Fällen auf dem Ueser Kirchengelände begrenzt hat“, lobte der Achimer Pastor im Ruhestand Hans-Ludwig Schröder im Ausschuss für Baunterhaltung.

Schröder gehört mit zur Achimer Initiative „Bürger für Bäume“, und diese fordert, im Zusammenhang mit der Vermarktung des kirchlichen Gemeinde- und Pfarrhausgrundstücks am Ueser Querweg für Wohnbauzwecke möglichst viele Bäume zu erhalten. Von insgesamt 25 Laub- und Nadelbäumen fallen nämlich acht unter die Achimer Baumschutzsatzung.

Die Kirchengemeinde Uesen befürchtet hingegen, dass bei zu starrem Festhalten an den Gewächsen sich kein Investor mehr für das Grundstück interessieren werde. In einem Kompromissvorschlag hatte sich die Stadtverwaltung für den Erhalt eines Silberahorns und einer stattlichen Buche stark gemacht.

Die Sicherung dieser mar-

kanten Buche stellte Hans-Ludwig Schröder bei seinem Lob an die Verwaltung in den Mittelpunkt. Dieses Lob wurde im Ausschuss auch als verkappter Tadel an fällwilligen Zuständigen aus der Ueser Kirchengemeinde verstanden.

Konkret ging es im Ausschuss dann um schriftliche Vorschläge der Bürgerinitiative (BI) zur weiteren Verbesserung des Baumschutzes in Achim. Zunächst versicherte Steffen Zorn von der Grundstücks- und Gebäudeverwaltung Achim (GGA), dass es keinerlei Bestrebungen gebe, die geltende Baumschutzsatzung aufzuheben.

Allerdings habe die Stadt keinen Handlungsspielraum, wenn Bäume zu Gefahren für Verkehrsteilnehmer würden. Dann müssten auch gesunde Exemplare fallen.

Ausschussvorsitzender Wolfgang Heckel (WGA) sprach hingegen von einer „Baumverhinderungssatzung“, die viele vom Neuanpflanzen abschrecke. Es gelte, jeweils im konkreten



Die Stadt möchte diese Buche beim Gemeindehaus Uesen erhalten. ■ Foto: Laue

Fall das Gespräch mit dem Bürger zu suchen, statt gleich mit Verboten zu arbeiten. Christian Petritzki (CDU) kritisierte den hohen Bürokratieaufwand beim Umsetzen der Satzung und forderte, den Mindeststammumfang für schützenswerte Bäume höher anzusetzen als die geltenden 80 Zentimeter.

„Die einen möchten am

liebsten gar nicht mehr fällen, die anderen wollen Schutzbestimmungen weiter lockern“. Da werde es für die Stadt schwer, den richtigen Weg zu finden, monierte Bürgermeister Kellner leicht verzweifelt.

Bernd Potyka von der BI brachte ein Förderprogramm für ortsbildprägende Bäume wie in Verden ins Gespräch. Trotz ebenfalls knapper Finanzen gebe es „in der Kreisstadt offenbar ein größeres Problembewusstsein hinsichtlich des alten Baumbestands“.

Zum ebenfalls angeregten Baumkataster auch für Bäume auf privatem Grund teilte Zorn mit, dass eine solche Erfassung rund 30 000 Euro verschlingen würde.

Einig waren sich Stadt und BI-Vertreter darin, miteinander und auch mit Antragstellern weiter Kontakt zu suchen und Kompromisse zu finden, wenn es um Erhalt oder Nicht-Erhalt von Bäumen gehe. Hans-Otto Pöhls von der BI hielt auch größere Pflanzaktionen unter Beteiligung vieler Bürger für angebracht. ■ la